

07.12.2004

Stahlindustrie: Verschärfung im CO₂-Handel muss vermieden werden

Die Stahlindustrie in Deutschland fordert die Bundesregierung auf, eine Verschärfung der CO₂-Minderungsziele im Emissionshandel unter allen Umständen zu vermeiden. „Wenn sich die Regierung beim Bedarf der Industrie an Emissionsrechten verschätzt hat, muss sie diesen Fehler berichtigen und nicht die Folgen der Industrie aufbürden“, kritisiert Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Nachdem viele Unternehmen wegen Steigerungen ihrer Produktion mehr Zertifikate als erwartet beantragt haben, will die Bundesregierung zum Ausgleich die CO₂-Obergrenzen verschärfen.

„Es ist völlig legitim, wenn die Unternehmen zusätzliche Rechte für Produktionssteigerungen beantragen. Eine zu knappe Allokation darf industrielles Wachstum in Deutschland nicht verhindern“, so Ameling. „Fast alle anderen EU-Mitgliedstaaten haben für Produktionssteigerungen von vornherein mehr Emissionsrechte eingeplant.“ Jetzt bestätige sich das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl, dass es für den Standort Deutschland durch den Emissionshandel zu Wettbewerbsnachteilen komme. Ameling erinnert auch an frühere Erklärungen des Umweltministers Jürgen Trittin, die deutsche Wirtschaft werde wegen ihrer Vorleistungen in der Klimavorsorge zu den Verkäufern im Emissionshandel gehören. Nun trete das Gegenteil ein.

Das Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertritt rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland. Die Stahlindustrie umfasst etwa 100 Unternehmen und rund 95.000 Mitarbeiter.

Rückfragen: Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116
beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de